

Nach dem Terror der Hamas

**ANTISEMITISCHE
VORFÄLLE IN BERLIN**
VOM 7. 10. 2023 BIS 9. 11. 2023

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)



NACH DEM TERROR DER HAMAS – ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN VOM 7. OKTOBER BIS ZUM 9. NOVEMBER 2023

Insgesamt 282 antisemitische Vorfälle dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) zwischen dem 07. Oktober 2023 – dem Tag an dem die Terrororganisation Hamas Massaker mit eliminatorischem Charakter an der israelischen Zivilbevölkerung verübte, bei denen 1.200 Israelis ermordet und weitere 240 Personen als Geiseln in den Gaza-Streifen entführt wurden – und dem 09. November 2023, dem Tag an dem sich die Reichspogromnacht zum 85. Mal jährte.

RIAS Berlin erfasste in diesem Zeitraum einen Vorfall extremer Gewalt, 12 antisemitische Angriffe, 23 gezielte Sachbeschädigungen, 10 Bedrohungen, 235 Fälle verletzenden Verhaltens, darunter 23 Versammlungen, sowie eine Massenzuschrift. Seit dem 07. 10. ereigneten sich in Berlin im Durchschnitt mehr als acht antisemitische Vorfälle pro Tag. In 2022 waren es im Durchschnitt zwei bis drei Vorfälle pro Tag. 90 % der in diesem Zeitraum dokumentierten Vorfälle weisen einen inhaltlichen Bezug zu dem Terrorangriff der Hamas und dem darauffolgenden Krieg in Israel und Gaza auf. Das Projekt hat im Oktober 2023 mehr antisemitische Vorfälle (230) verzeichnet als in jedem anderen Monat seit Beginn der Dokumentation in Berlin im Jahr 2015.

Die Zahlen müssen als vorläufig betrachtet werden, da bereits zahlreiche weitere Vorfälle gemeldet wurden, die noch nicht verifiziert werden konnten.¹

¹ Als der erste Monitoringbericht von RIAS Berlin zu den antisemitischen Reaktionen auf den Terrorangriff der Hamas auf die israelischen Zivilist_innen erstellt wurde, hatte das Projekt im Zeitraum vom 07.10 bis 18.10. insgesamt 70 Vorfälle verzeichnet. Bis zum Verfassen dieses Berichtes konnten bereits 35 Nachmeldungen erfasst werden, so dass die Zahl für diesen Zeitraum inzwischen bei 105 Vorfällen liegt. Auch eine systematische Abfrage zentraler jüdischer Organisationen zum Vorfalleschehen seit dem 07. Oktober steht noch aus. Zudem konnten polizeilich erfasste antisemitische Straftaten nicht systematisch einbezogen werden.

SPRUNGHAFTER ANSTIEG VON ANTISEMITISCHEN VORFÄLLEN

Nach dem 07. Oktober 2023 verzeichnete das Projekt einen sprunghaften Anstieg antisemitischer Vorfälle in Berlin. Das hohe Vorfallaufkommen hat sich seitdem verstetigt. Im Durchschnitt ereignen sich zurzeit mehr als acht antisemitische Vorfälle pro Tag in der Hauptstadt. Antisemitische Vorfälle werden aus allen Berliner Bezirken gemeldet. Die Vorfälle ereignen sich im Wohnumfeld und am Arbeitsplatz der Meldenden, an der Universität, in der Schule, in öffentlichen Verkehrsmitteln, auf der Straße und im Supermarkt. Online werden jüdische Organisationen u. a. per E-Mail beschimpft, auf Social-Media-Plattformen werden Jüdinnen und Juden mit Vernichtungswünschen angeschrieben, und in Chat-Gruppen sind sie mit Legitimierungen des Terrorangriffs der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung konfrontiert. Es gibt antisemitische Schmierereien sowie Großdemonstrationen und kleinere Versammlungen, auf denen es zu antisemitischen Äußerungen und zu Terrorverherrlichung kommt.

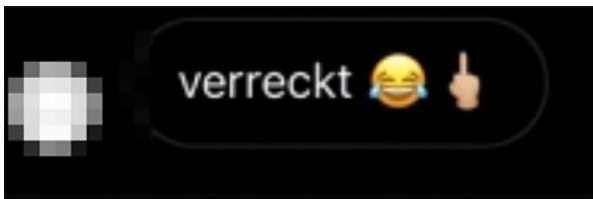
RIAS Berlin wurden seit dem 07. Oktober 14 Fälle von Davidstern-Markierungen an Wohnhäusern bekannt. Auch berichteten jüdische Bewohner_innen von direkten Anfeindungen durch Nachbar_innen. Antisemitische Vorfälle an Schulen tragen ebenfalls zu einer großen Verunsicherung bei.

Das bereits vor dem 07. Oktober hohe Risiko für Jüdinnen und Juden, in alltäglichen Situationen mit Antisemitismus konfrontiert zu sein, ist seitdem noch deutlich gestiegen.

ANTISEMITISCHE GEWALT ENTHEMMT IN WORT UND TAT

Zwischen dem 07. Oktober und dem 09. November 2023 hat RIAS Berlin einen Vorfall extremer Gewalt sowie 12 Angriffe dokumentiert. Im gesamten Jahr 2022 wurden ein Fall extremer Gewalt und 21 Angriffe verzeichnet. In der Nacht zum 18. Oktober 2023 warfen in den frühen Morgenstunden zwei Vermummte brennende Molotowcocktails auf ein jüdisches Gemeindezentrum in Berlin Mitte. Die Brandsätze verfehlten das Gebäude und erloschen auf dem Gehweg, ein Feuer auf dem Bürgersteig wurde von Sicherheitskräften gelöscht. Dieser versuchte Brandanschlag hat zu einer enormen Erschütterung des Sicherheitsgefühls in den jüdischen und israelischen Gemeinschaften geführt. Das Projekt dokumentierte für den Zeitraum außerdem 10 Bedrohungen, von denen sich mehrere im unmittelbaren Wohnumfeld jüdischer Betroffener ereigneten.

Von den 235 Fällen von verletzendem Verhalten enthielten 15 Fälle eine Vernichtungsdrohung: Schmierereien riefen zum Töten von Juden auf; Jüdinnen und Juden wurden persönlich auf Social Media-Plattformen Kommentare oder Direktnachrichten gesendet, z. B. mit dem Inhalt „verreckt“ mit einem „Tränen vor Lachen-Emoji“ und einem „Mittelfinger-Emoji“; in öffentlichen Verkehrsmitteln waren mehrere Gespräche mitanzuhören, in denen über das Töten von Juden oder Israelis fantasiert oder dies gewünscht wurde. Die Gewalttätigkeit in der Sprache und die Tatsache, dass diese Äußerungen mitunter laut und öffentlich wahrnehmbar formuliert wurden, weisen darauf hin, dass der Antisemitismus seit dem 07. Oktober ungehemmter auftritt.



▲
Online, 08. Oktober, antisemitische
Privatnachricht an eine jüdische Nutzerin
auf einer Social-Media-Plattform

Das Vorfalleschehen mit Bezug auf den Terrorangriff vom 07. Oktober und das darauffolgende Kriegsgeschehen in Israel und Gaza entspricht den antisemitischen Dynamiken einer Gelegenheitsstruktur. Dabei handelt es sich um temporäre Phasen, in denen wie in der aktuellen Situation eine erhöhte Anzahl antisemitischer Vorfälle mit ähnlichem inhaltlichem Bezug durch das Projekt registriert und dokumentiert wird. Anlässe wie politische Ereignisse – zum Beispiel die Eskalation im palästinensisch-israelischen Konflikt –, bestimmte historische Jahrestage oder Debatten bilden unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Äußerungen und antisemitisches Handeln und können so das Aufkommen von antisemitischen Vorfällen begünstigen. Gezielte Mobilisierungen durch Social-Media-Kampagnen oder auch Versammlungen können solche Entwicklungen verstärken. Über den Anlass und die Phase hinaus können öffentliche Abwertungen von Jüdinnen_Juden durch die hohe Präsenz eine Normalisierung erfahren und so die Grenzen des Sagbaren dauerhaft verschieben. Begriffe wie „Zionist“ können als Chiffre für Jüdinnen_Juden im Kontext abwertender Bezeichnung als Umwegkommunikation fungieren. Gegenwärtig wird „Zionist“ häufig mit abwertender Konnotation verwendet, um Jüdinnen_Juden und Israelis feindlich zu markieren. Oftmals werden die Begriffe auch direkt in Zusammenhang mit traditionellen antisemitischen Stereotypen verwendet, wie der Vorstellung, das Jüdinnen_Juden besonders große politische Macht haben, z. B. im Begriff der „Zionistenpresse“.

WEITREICHENDE AUSWIRKUNGEN FÜR DAS LEBEN VON JÜDINNEN UND JUDEN IN BERLIN

Dass es im Zuge von Konflikten im Nahen Osten zu einem Anstieg antisemitischer Vorfälle in Berlin kommt, ist kein neues Phänomen. Auch im Juli-August 2014, im Dezember 2017 und im Mai 2021 hatten Eskalationen im israelisch-palästinensischen Konflikt gravierende Auswirkungen auf das Vorfalleschehen und die Situation von Jüdinnen_Juden in Berlin und in den Sozialen Medien. Eine qualitative Veränderung zeigt sich jedoch in der Wirkungsweise der Vorfälle seit dem 07. Oktober auf Jüdinnen_Juden und Israelis sowie in den Folgen: jüdisches Leben findet weniger sichtbar und offen in Berlin statt.

Infolge der enthemmten Gewalt gegen Israelis, der internationalen Gewaltaufrufe der Terrororganisationen Hamas und Hezbollah und der Präsenz von Antisemitismus und Terrorverherrlichung in Berlin wurden zunächst die Sicherheitsmaßnahmen vor jüdischen Einrichtungen in Berlin erhöht. Ein jüdischer Fußballverein sagte ein Spiel ab, Kinder wurden nicht in die Schule geschickt, und in einem Fall wurde bekannt, dass ein israelisches Gewerbe zwei Tage geschlossen blieb.

Jüdinnen_Juden ergreifen seit dem 07. Oktober noch mehr als zuvor Maßnahmen, um nicht als jüdisch erkennbar zu sein, oder sie meiden Räume, die ihnen zurzeit nicht sicher erscheinen. Eine Mütze über der Kippah, ein Schal über dem Davidstern-Anhänger, auf der Straße kein Hebräisch sprechen, den Instagram-Feed nicht in der Bahn lesen, die Mesusa von der Tür entfernen: Die Liste solcher persönlicher Maßnahmen ließe sich fortsetzen. Es handelt sich um individuelles Vermeidungsverhalten und kollektive Schutzmaßnahmen, die in Reaktion auf antisemitische Vorfälle ergriffen werden und von einem großen Teil der jüdischen Communities umgesetzt werden. Sie basieren auf dem Wissen, dass es zu antisemitischen Reaktionen auf jüdische Symbole, Zeichen und eine generelle Sichtbarkeit jüdischen Lebens kommen kann, verbal oder auch physisch. Wegen der Zunahme antisemitischer Vorfälle und einer erhöhten Gefährdung seit dem 7. Oktober findet als solches erkennbares jüdisches Leben in Berlin im öffentlichen Raum nur noch stark eingeschränkt statt.

Betroffene von antisemitischen Vorfällen berichten zudem regelmäßig davon, dass sie keine Unterstützung oder Solidarität von Anwesenden erfahren. Ob am Arbeitsplatz oder in der U-Bahn. Aber auch im Kulturbereich Berlins, z. B. in Räumen der Club- und Kneipenszene, erleben Jüdinnen_Juden zurzeit Formen der Entsolidarisierung. In den letzten Wochen wurden zudem an Berliner Hochschulen Versammlungen, aber auch Agit-Prop-Aktionen durchgeführt, bei denen auf das Leid palästinensischer Zivilist_innen, nicht aber auf die jüdischen Opfer der Massaker vom 7. Oktober hingewiesen wurde. Diese Unsichtbarmachung der Opfer der Hamas-Angriffe kann von Jüdinnen_Juden und Israelis als Akt der Entsolidarisierung erlebt werden, der neben der Konfrontation mit konkreten antisemitischen Vorfällen zusätzlich stark belastend ist.

Diese umfassenden Auswirkungen bedeuten eine Zäsur für jüdische und israelische Communities in Berlin, und sie müssen neben konkreten antisemitischen Vorfällen berücksichtigt werden.

ANSTIEG DES ISRAELBEZOGENEN ANTISEMITISMUS GEHT EINHER MIT DER ANTISEMITISCHEN IDENTIFIZIERUNG VON BERLINER JÜDINNEN UND JUDEN MIT ISRAEL, SCHOA-BAGATELLISIERUNGEN UND VERSCHWÖRUNGSMYTHEN

Seit dem Terrorangriff der Hamas wurde die überwiegende Mehrheit der registrierten Vorfälle der Erscheinungsform des „israelbezogenen Antisemitismus“ zugeordnet. 73 % der antisemitischen Vorfälle seit dem 07. Oktober weisen Elemente des israelbezogenen Antisemitismus auf. Zum Vergleich: 2022 enthielten ca. 33 % der Vorfälle Elemente dieser Erscheinungsform. Israelbezogener Antisemitismus äußerte sich seit dem 07. Oktober in allen von RIAS Berlin erfassten Vorfällttypen – darunter auch bei den Fällen von antisemitischer Gewalt, von denen 8 der insgesamt 12 registrierten Angriffe Inhalte dieser Erscheinungsform aufwiesen.

Israelbezogener Antisemitismus



Antisemitisches Othering



Post-Schoa-Antisemitismus



Moderner Antisemitismus



Kommt es zu antisemitischen Vorfällen, sind häufig Elemente verschiedener antisemitischer Erscheinungsformen erkennbar. Tritt israelbezogener Antisemitismus gemeinsam mit Otherring auf, so richtet er sich in der Regel gegen Jüdinnen und Juden in Berlin, die dann z. B. mit dem Staat Israel identifiziert und für dessen Handeln verantwortlich gemacht werden oder dieses rechtfertigen sollen. Bei einer Mahnwache gegen Antisemitismus am 08. November in Mitte näherten sich zwei Männer, von denen einer u. a. schrie: „Verfickte Juden, haut ab mit eurer Scheiß-Fahne, geht nach Hause, geht in euren Schweinestall, geht dahin wo ihr bombadiert werdet [...]“. Danach kam es zu Schubserien.

Israelbezogener Antisemitismus tritt auch in Kombination mit der Erscheinungsform des Post-Schoa-Antisemitismus auf. In diesen Fällen kommt es oft zu einer Bagatellisierung der Schoa oder zu einer Täter-Opfer-Umkehr. Am 01. November wurde an einer S-Bahn-Station im Wedding der Schriftzug „end holocaust palestine!“ entdeckt. Die Parole suggeriert, dass das Kriegshandeln Israels in Gaza der systematischen Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten entspricht. Mit einer solchen Gleichsetzung wird die Schoa bagatellisiert, indem impliziert ist, dass das Sterben und Leiden der palästinensischen Bevölkerung im Zuge des Kriegs in Israel und Gaza identisch sei mit der systematischen Ermordung Millionen europäischer Jüdinnen und Juden in deutschen Vernichtungs- und Konzentrationslagern. Hinzu kommt, dass der Bezug auf die Schoa, so wie in dem Beispiel, oft einen instrumentellen Charakter aufweist: Die Gleichsetzung wird als rhetorisches Stilmittel in einer öffentlichen und politischen Debatte eingesetzt, etwa um Aufmerksamkeit für die katastrophale Situation der Palästinenser_innen im Gazastreifen zu erzeugen oder um den Staat Israel moralisch zu delegitimieren.

Auch treten bei den seit dem 07. Oktober dokumentierten Vorfällen Elemente des modernen Antisemitismus zusammen mit dem israelbezogenen Antisemitismus auf. Bei Vorfällen mit diesem Zusammenspiel werden traditionelle antisemitische Stereotype aufgerufen (etwa dass Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht besäßen) und in Verbindung mit Israel gebracht. Als z. B. eine jüdische Person am 20. Oktober in einem Supermarkt einkaufte, rief eine Gruppe aggressiv auftretender Männer mehrfach „Free Palestine“. An der Kasse bekundete ein Kassierer ihnen daraufhin seine Unterstützung, indem er sagte: „Auch im zweiten Weltkrieg waren es immer die Zionisten. Zionisten sind das Übel der Welt.“ Virulent ist auch die Vorstellung, „Zionisten“ würden die Presse und die Medien beherrschen – ein

antisemitischer Verschwörungsmythos, der zuletzt während der COVID-19-Pandemie besonders verbreitet war. Es bilden sich jedoch auch neue Verschwörungsmithen mit Bezug auf den Terrorangriff der Hamas auf die israelischen Zivilist_innen heraus, z. B. dass die Massaker am 07. Oktober von der israelischen Regierung gewollt gewesen oder gar inszeniert worden seien.

Im Ineinandergreifen der Erscheinungsformen wird der ihnen allen zugrunde liegende Kern des Antisemitismus sichtbar: die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden sowie gegen Israel als jüdischen Staat.

VERSAMMLUNGEN MEHRHEITLICH AUS DEM POLITISCH-WELTANSCHAULICHEN SPEKTRUM DES ANTIISRAELISCHEN AKTIVISMUS

Zwischen dem 07. Oktober und dem 09. November hat RIAS Berlin 23 Versammlungen dokumentiert, auf denen es zu antisemitischen Vorfällen kam. 18 davon sind dem politisch-weltanschaulichen Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zuzuordnen, drei dem linken/antiimperialistischen Spektrum und eine dem islamisch/islamistischen, eine konnte nicht politisch zugeordnet werden. Dass Akteur_innen aus diesen drei Spektren aktuell regelmäßig gemeinsam auf Versammlungen auftreten, zeigt, dass die geteilte israelfeindliche Haltung mitunter als verbindendes Element zwischen verschiedenen, sich sonst in keiner Weise nahestehenden politischen Milieus wirken kann.

Seit dem 07. Oktober beobachtet RIAS Berlin ein dynamisches Versammlungsgeschehen in der Stadt. Bereits am Abend der Massaker der Hamas am 07. Oktober fand eine spontane Versammlung am Hermannplatz statt, auf der der Terrorangriff glorifiziert wurde. In den nächsten Tagen und Wochen kam es zu zahlreichen Versammlungen, u. a. in Neukölln und Mitte. Am 13. Oktober wurde auf einer Versammlung in Neukölln ein Journalist angegriffen und als „Judenpresse“ bezeichnet. Am 15. Oktober wurden am Potsdamer Platz Journalist_innen als „Zionistenmedien“ beschimpft. Die größten Versammlungen fanden in Friedrichshain-Kreuzberg und in Mitte statt. In Friedrichshain-Kreuzberg nahmen am 28. Oktober etwa 11.000 Teilnehmende an der Versammlung „Global South United“ teil. Einige Teilnehmer_innen skandierten



◀ Mitte, 04. November: Israelfeindliches Plakat auf einer Versammlung

„Kindermörder Israel“. Im Ankündigungstext und auf Bannern wurde Israel der „Apartheid“ bezichtigt. Am Alexanderplatz gab es am 04. November eine Versammlung mit etwa 9.000 Teilnehmenden, die zum Potsdamer Platz zog. Auf Plakaten wurde u. a. die Situation der Palästinenser_innen in Gaza mit der Schoa gleichgesetzt. Zum Teil wurden auf dem Demonstrationszug terror- und gewaltverherrlichende Inhalte geäußert.

An den Versammlungen und den Online-Mobilisierungen, die seit dem 07. Oktober stattfanden, sind Akteure aus dem antiisraelischen Spektrum beteiligt, unter anderem das Netzwerk „Palästina spricht“. Auch das pro-palästinensische Gefangenennetzwerk Samidoun war bei Versammlungen und der kontinuierlichen Online-Mobilisierung aktiv. Am 02. November 2023 erließ die Bundesregierung allerdings ein Betätigungsverbot für die Gruppe, die als Vorfelddorganisation der Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP) gilt.

Auch andere Gruppen solidarisierten sich mit der Hamas und legitimierten die Terrorangriffe. „Palästina Spricht“ bezeichnete beispielsweise in einem Statement auf ihrem Instagram-Account vom 8. Oktober 2023 unter dem Titel „A Lesson in Liberation from Gaza“ die Hamas als „freedom fighters“². Die Gruppe legitimierte die Terrorangriffe der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung und berief sich dabei u. a. darauf, dass die internationalen Menschenrechte diese Form des „Widerstands“ legitimierten würden.³

2 <https://www.instagram.com/p/CyIV951MNkY/?igshid=NTc4MTIwNjQ2YQ==>

3 Vgl. ebd.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE EREIGNEN SICH IN ALLEN BERLINER BEZIRKEN

Die meisten antisemitischen Vorfälle wurden im Bezirk Mitte dokumentiert (58 Vorfälle). 2022 wurden aus dem Bezirk im gesamten Jahr 111 Vorfälle bekannt. In den Bezirken Neukölln (46 Vorfälle) und Friedrichshain-Kreuzberg (34 Vorfälle) wurden im Zeitraum vom 07. Oktober bis zum 09. November bereits mehr Vorfälle dokumentiert als in 2022 insgesamt (Neukölln 2022: 29 Vorfälle; Friedrichshain-Kreuzberg 2022: 27 Vorfälle). In Neukölln ereigneten sich neun der bereits erwähnten Versammlungen, außerdem wurden zahlreiche antisemitische Schmierereien (19 Vorfälle) bekannt. In Tempelhof-Schöneberg wurden 13 Vorfälle verzeichnet (2022: 17 Vorfälle). Davon ereigneten sich 6 Vorfälle von Angesicht zu Angesicht, mehrere davon im Kontext von Mahnwachen für die Opfer des Terrorangriffs der Hamas sowie einer Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die im Nationalsozialismus ermordeten Jüdinnen und Juden.



EXKURS 09. NOVEMBER: AUCH DAS GEDENKEN WURDE DURCH ANTISEMITISCHE REAKTIONEN AUF DEN 07. OKTOBER GESTÖRT

Bei einer Gedenkdemonstration zum Andenken an die Reichspogromnacht am 09. November 1938 wurde von Umstehenden und aus Fenstern wiederholt „Free Palestine“ gerufen. Auch wurden Eier auf die Demonstration geworfen. Einer Person, die sich in der Nähe der Demonstration aufhielt, wurde von drei Männern mit einer palästinensischen Flagge „du Judenschlampe“, „Scheiß Israel“ und „Scheiß Jüdin“ hinterhergerufen. Auch im Vorfeld des Gedenktags kam es zu antisemitischen Vorfällen. In Charlottenburg-Wilmersdorf wurde am 08. November neben Stolpersteinen, die an im Nationalsozialismus ermordete Jüdinnen und Juden erinnern, der Schriftzug „Stop the Genocide“ entdeckt. Eine Plakatieraktion für die antifaschistische Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht musste abgebrochen werden, weil mehrere Personen unter „Free Palestine“-Rufen begannen, die Plakate abzureißen und den Plakatierenden zu verfolgen. Auch die Schoa wurde durch Äußerungen der Angreifenden bagatellisiert.



◀ Charlottenburg, 08. November:
Der Schriftzug „Stop the Genocide“ wurde
neben Stolpersteine gesprüht

BEISPIELE

Mitte, 07. Oktober: Während die Hamas Massaker an den israelischen Zivilist_innen verübte, unterhielten sich mehrere junge Erwachsene in der S-Bahn und wirkten erfreut über die Berichte von den Opfern der Massaker. Als einer von ihnen erwähnte, dass es bisher 600 Tote geben würde, sagte ein anderer, dass er sich „eine Million israelischer Opfer“ wünsche.

Online, 09. Oktober: Eine Berliner Institution postete auf Instagram eine Solidaritätsbotschaft, in der die Massaker der Hamas an den israelischen Zivilist_innen verurteilt wurden. Darauf wurden zahlreiche kritische Kommentare gepostet, in denen Israel u. a. als „Apartheid“ bezeichnet wurde.

Tempelhof-Schöneberg, 12. Oktober: Während einer Mahnwache für die Opfer der Massaker der Hamas wurde aus einem vorbeifahrenden Auto „Fick die Juden“ gebrüllt.

Neukölln, 15. Oktober: Auf dem Grundstück einer Schule in Berlin-Neukölln wurde die Schmiererei „Israel Terrorist“ und „Scheisse“ entdeckt. Über und zwischen die Schriftzüge waren zwei Davidsterne gesprüht.

Mitte, 18. Oktober: Bei einer israel-feindlichen Versammlung vor dem Auswärtigen Amt mit mehreren 100 Teilnehmenden wurde u. a. „From the River to the Sea, Palestine will be free“ und „Free Palestine from German guilt“ gerufen.

Mitte, 18. Oktober: Vermummte warfen zwei Molotow-Cocktails in Richtung eines jüdischen Gemeindezentrums. Diese verfehlten das Gebäude und erloschen auf dem Bürgersteig.

Online, 19. Oktober: Eine israelische Organisation erhielt zahlreiche feindliche Kommentare, nachdem sie auf Facebook auf eine Veranstaltung hingewiesen hatte. In einem Kommentar heißt es: „Ihr bildet euch ein, über das Leben anderer entscheiden zu können. In Deutschland gibt es Gesetze, wir sind nicht in Israhell.“

Mitte, 22. Oktober: Eine Scheibe des Jüdischen Krankenhaus Berlins in Gesundbrunnen wurde mit einem Stein beschädigt.

Mitte, 22. Oktober: Ein Mann saß vor einer Bar in Mitte und sagte hörbar für andere Gäste der Bar zu einem anwesenden Security-Mitarbeiter zunächst, dass die Türkei Israel ein Ultimatum gestellt habe. Er sagte dann, „die Juden sollten alle ins Gas“. Der Security-Mitarbeiter stimmte zu und wiederholte, dass man „sie alle vergasen“ solle. Nachdem der Barbesitzer über den Vorfall informiert wurde, stritt der Mitarbeiter diese Äußerung jedoch ab.

Neukölln, 28. Oktober: An einer Hauswand ist die Schmiererei „Death to Israel“ zu sehen.

Friedrichshain-Kreuzberg, 31. Oktober: Neben einem Hauseingang wurde von einem Passanten eine antisemitische Markierung in der Form eines Davidsterns entdeckt.

Steglitz-Zehlendorf, 03. November: An einer Berliner Hochschule wurden Plakate, die auf die von der Hamas am 07. Oktober entführten Geiseln aufmerksam machen sollten, abgerissen und durch „Free Palestine“-Plakate ersetzt.

Tempelhof-Schöneberg, 09. November: Mehrere Jugendliche beschimpften eine Frau, nachdem sie entdeckt hatten, dass diese eine kleine Israelfahne im Fahrradkorb hatte. Sie riefen „Israel-Flagge! Parasit! Parasit!“ Die Frau betrat ein Geschäft, wo sie von den Jugendlichen noch eine kurze Zeit von außen beobachtet wurde.

Mitte 09. November: Eine Demonstration zum Gedenken an die Reichspogromnacht wurde aus einem Fenster mit Eiern beworfen.



IMPRESSUM

Herausgeber_innen

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin),
Gleimstraße 31, 10437 Berlin,
Telefon: 030 / 817 98 58 21,
presse@rias-berlin.de

Berlin, 1. Auflage 2023

V.i.S.d.P. Bianca Klose / Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)

Konzept, Redaktion Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Layout und Grafik gegenfeuer.net

Bildnachweis Die Bildrechte verbleiben beim VDK e. V.

RIAS Berlin ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V. und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2023 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen und Hinweise in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und formuliert. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber_innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt die Herausgeber_innen keinen Einfluss haben. Deshalb kann für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernommen werden. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die jeweilige_n Anbieter_innen oder Betreiber_innen der Seiten verantwortlich.

Gender_Gap Der VDK e. V. benutzt in seinen Texten den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.